

# PRESSEMITTEILUNG

Donnerstag, 23. Februar 2023



---

## Keine Zensur beim Augsburger Friedensfest

Die CSU-Fraktion weist den Vorwurf entschieden zurück, der Fraktion oder der Oberbürgermeisterin Eva Weber ginge es beim Friedensfest um Zensur von politisch nicht gewollten Inhalten. Weder in den Gremien, wie Kulturausschuss und Stadtrat, noch in anderen Verlautbarungen gebe es dafür irgendeinen Anhaltspunkt.

„Offenbar geht es einigen nicht um eine Debatte zur Sache, sondern um lautes Wahlkampfgetöse“, so Fraktionsvorsitzender Leo Dietz. „Wenn die Opposition behauptet, dass ihrer Meinung nach auf Grundlage des Beschlusses von 2018 Zensur im Raum steht, dann ist das schlichtweg falsch. Aus dem Beschluss ist keineswegs abzuleiten, dass es anderen städtischen Gremien oder der Oberbürgermeisterin verwehrt wäre, sich mit eigenen Ideen, Meinungen oder Anregungen in die Themenfindung einzubringen.“

Andreas Jäckel, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion und Landtagsabgeordneter: „Ich rate allen Beteiligten angesichts der Diskussion um das Friedensfest verbal abzurüsten. Das Thema ist ein wichtiges und ein sensibles, die Augsburgerinnen und Augsburger verdienen Weiterentwicklungen und keine „Haudrauf“-Politik. Spätestens seit Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine hat sich unser Friedensbegriff und dessen Wertigkeit verändert. Allein deshalb ist es geboten, eine Standortbestimmung durchzuführen, was der Kern des Hohen Friedensfestes ist, wie die unterjährige Friedensarbeit in der Stadt aussehen soll und wie das kulturelle Rahmenprogramm ausgestaltet werden kann.“

Und dazu gehört nach Auffassung der CSU-Fraktion zunächst eine Bestandsaufnahme, dann darauf aufbauend ein breit aufgestellter Beteiligungsprozess ohne Vorfestlegung, um das Thema Friedensfest und Friedensstadt Augsburg weiterzuentwickeln.

Im Übrigen ist es ein normaler Prozess, dass bei veränderten Rahmenbedingungen die Verwaltung von den zuständigen Gremien beauftragt wird, Evaluierungen und Weiterentwicklungen durchzuführen und vorzulegen. Dies sieht beim Hohen Friedensfest eine breite parteiübergreifende Mehrheit des zuständigen Kulturausschusses ebenso, der in der vergangenen Woche mit nur zwei Gegenstimmen der Vorlage der Verwaltung zugestimmt hat.